

Bericht aus dem Gemeinderat Sitzung 29.09.2020

Gewerbegebiet – gemeinsamer Antrag GLH und SPD:

Die Fraktionen von GLH und SPD haben sich vor der Sitzung entschieden, ihren gemeinsam eingebrachten Antrag zur Festlegung von Leitlinien und Qualitätskriterien für anzusiedelndes Gewerbe zurückzuziehen. Nicht, weil die Erforderlichkeit, solche Rahmenbedingungen festzulegen, für uns in Frage steht. Doch die Beschlussvorlage der Verwaltung hat aufgezeigt und uns erkennen lassen, dass es noch Erklärungs- und Präziserungsbedarf gibt. Auch das nun offensichtlich zustande kommende Bürgerbegehren, Anregungen aus der Bürgerschaft sowie die überraschenden Ergebnisse unserer Begehung des Gewerbegebiets ergeben unseres Erachtens eine geänderte Ausgangslage für einen solchen Antrag zur Festlegung von Rahmenbedingungen und Ansiedlungskriterien.

Sport-Hallen und Kulturhaus:

Außer Frage steht für die GLH die Sanierungsbedürftigkeit beider Hallen sowie der Bedarf für ein 3. Spielfeld. In dieser Frage hat sich die GLH klar für einen Anbau an die Sachsenhalle positioniert – inklusive weiterer Räume für eine dringend notwendige Mensa sowie der Nachmittagsbetreuung der Grundschule. Eine Halle „auf der grünen Wiese“ kommt für uns aus Kostengründen nicht in Frage. Kultur sollte mitgedacht werden. Aus Sicht der GLH gehört ein Haus für Kultur in die Ortsmitte, um für möglichst viele Menschen auf kurzem Weg erreichbar zu sein. Hier gibt es aber noch erheblichen Klärungsbedarf, auch mit den Vertretern der Vereine.

Neubaugebiet - Sozialer Wohnungsbau:

Für die GLH ist die Diskussion um ein neues Baugebiet schon immer unbedingt und zwangsläufig mit der Schaffung sozialen Wohnungsbaus verbunden. Die Bürgermeister in Neujahrsansprachen, **alle** Fraktionen in Haushaltsreden und Pressebeiträgen verwendeten diesen Begriff regelmäßig: „sozialer Wohnungsbau“ sollte wesentlicher Bestandteil eines potentiellen neuen Baugebiets sein. So wurde es öffentlich bisher kommuniziert. Im aktuellen Antrag von CDU, FWV und FDP ist nun allerdings nur noch von „bezahlbar, preisgünstig/preisgedämpft“ die Rede. Unsere Gemeinderätin M. Maul-Vogt wies deutlich darauf hin – das ist nicht das gleiche: nur **„Sozialer Wohnungsraum“** wird staatlich gefördert und **unterliegt daher einer langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindung!**

Den Antrag von GLH und SPD, „sozialen Wohnungsbau“ in den Beschluss aufzunehmen, lehnten in der Sitzung FWV, CDU und FDP aber erstaunlicherweise ab. Das widerspricht deren bisher verkündeten Anspruch und Ziel - mit dem jetzigen Beschluss besteht die Gefahr, dass der wirkliche soziale Wohnungsbau auf der Strecke bleibt.

Die GLH steht weiterhin dazu: ein neues Baugebiet kann nur unter der Prämisse in Frage kommen, dass wirklicher sozialer Wohnraum auch in relevantem Maß entsteht!

Zukunftswerkstatt Soziales:

Ein weiterer Punkt betraf den Antrag der GLH zur konkreten Durchführung einer Zukunftswerkstatt Soziales, der aus einem Vorschlag des Familienbüros im Zuge des

Sozialberichts für Hirschberg resultierte. GLH und SPD hatten infolge die Einrichtung einer solchen Zukunftswerkstatt gefordert. Unser Ziel ist es, die verschiedenen sozialen Probleme, die es auch in Hirschberg gibt, anzugehen und Lösungsmöglichkeiten zu finden; alle Akteure der verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Bereiche, die hier tätig sind, einzubinden und Wege zu finden, soziale Verantwortung und Arbeit in Hirschberg zukünftig zu bündeln und gemeinsam neu und besser zu gestalten.

Das Familienbüro sowie die Vereine und Verbände (VdK, DRK, Kirchengemeinden, AWO etc.) haben dazu einen Vorschlag ausgearbeitet. Die veranschlagten Kosten für dieses Verfahren, das sich mit der Vorgehensweise der Stadtbaukommission vergleichen lässt, belaufen sich auf 25.000 €. Dieser Betrag war Freien Wählern, CDU und FDP zu viel. Trotz eindringlicher Appelle der GLH und eines Antrags der SPD verwehrt die Gemeinderatsmehrheit den benötigten Betrag und genehmigte nur 10.000 €. Der Start ist damit auf unbestimmte Zeit verschoben und wurde von externen Fördermitteln abhängig gemacht. Sollte sich diese nicht finden, wird es die Zukunftswerkstatt Soziales in Hirschberg nicht geben.

Bedauerlich für die Betroffenen, denen ein solche Investition zur sozialen Entwicklung unserer Gemeinde zugutekommen würde, aber auch für die, die sich in den genannten Institutionen seit vielen Jahren einsetzen; für das Familienbüro, das die Zukunftswerkstatt explizit angeregt hat.

Auch an dieser Stelle ist damit eine wirkliche Bereitschaft von FWV, CDU und FDP in die soziale Zukunft von Hirschberg zu investieren, nicht erkennbar.